

IN ALLER KÜRZE

Schmierereien an Flüchtlingsheim

Am Samstagmorgen haben nach Angaben der Polizei bisher unbekannte Täter an einem Übergangwohnheim für Flüchtlinge in Osterholz ein Graffiti „mit beleidigendem Inhalt“ aufgesprüht. Ein politischer Hintergrund sei anzunehmen. Eine Spurensicherung erfolgte, die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen und sucht nun nach ZeugInnen. (taz)

Rot-Grün will Cannabis kontrolliert freigeben

SPD und Grüne planen einen Modellversuch zur kontrollierten Abgabe von Cannabis. Darauf haben sich die beiden Parteien in ihren Koalitionsverhandlungen geeinigt. Rechtliche Details müssen allerdings noch geklärt werden. Die CDU spricht sich deutlich gegen das Vorhaben aus. Noch im Dezember hatte auch die SPD in der Bürgerschaft einen Modellversuch abgelehnt. Inland SEITE 6

LESERINNENBRIEFE

taz bremen | Pieperstr. 7 | 28195 Bremen | briefe@taz-bremen.de | www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Keinen Meter den Rechten

■ betr.: „Korol bleibt GEW-Mitglied“, taz Bremen vom 17.06.2015

Ich schäme mich, in der gleichen Gewerkschaft zu sein wie Martin Korol – ein rechter Lautsprecher und -schreiber des Vereins „Bürger in Wut“. Aber ich finde es gut, dass er nicht aus der Gewerkschaft geschmissen wurde. Denn so können wir ihm und seinen JüngerInnen bei jedem seiner „gewerkschaftlichen“ Auftritte die Stirn bieten. Sein Verbleiben in der GEW bietet uns die Möglichkeit, in und aus unseren Gruppen heraus für eine diskriminierungsfreie Gewerkschaft und Welt zu kämpfen. Abgesehen davon bin ich als linker Radikaler gegen Selektionen. Zu den KollegInnen, die Korol und seine diskriminierenden Ausflüsse ans Licht der Öffentlichkeit gebracht haben: ein fettes „DANKE“! Also, KollegInnen: Keinen Meter, keinen Saal und keine Rede den Rechten – ohne uns! **OLLI KORNAU, Bremen**

Alles andere ist Wunschdenken

■ betr.: „Arbeitnehmerkammer fordert Vermögenssteuer“, taz Bremen vom 10.06.2015

Da wollen wir doch mal sehen, was die Koalitionsverhandlungen von Rot-Grün für uns BürgerInnen Bremens bringen. Zumindest „finanzwirtschaftlich“ gesehen. Jeder sachkundige Dritter muss erkennen, dass Bremens Finanzen nur über eine landespolitische „Vermögensbesteuerung“ gesunden können – zumindest mit dem entsprechenden Landesanteil an einer eventuellen Bundessteuer. Nur wenn die Höchstverdiener in diesem Lande auch wirklich ihren „finanziellen Obolus“ leisten, dann kann man Bremens Finanzen sanieren. Alles andere ist ansonsten reines Wunschdenken. Als ehemaliger „Bevollmächtigter der Regionalverbände Bremen und Weser-Ems im Bundesverband der Bilanzbuchhalter e. V. (BVBB)“ wundere mich immer wieder, mit welcher Naivität LandespolitikerInnen an dieses „heikle Thema“ herangehen und dann absolut nichts auf die Reihe bekommen. Wer so in einem Unternehmen wirtschaften würde, dem steht die Insolvenz schnell vor der eigenen Tür. **KLAUS JÜRGEN LEWIN, Bremen**

ANZEIGE

MUSIKTHEATER / SCHAUSPIEL / TANZ
HAIR
Sa 27. Juni, Sa 11. Juli (zum letzten Mal!) im Theater am Goetheplatz
THEATER BREMEN

Die gespaltene Alternative

AUFWECKER Der Streit um die Ausrichtung der „Alternative für Deutschland“ geht quer durch die Partei – in Bremen zweit er auch die künftigen Bürgerschaftsabgeordneten

VON JEAN-PHILIPP BAECK

Die Spaltung der Alternative für Deutschland (AfD) zeigt sich nicht nur auf Bundesebene: In Bremen verläuft die Front zwischen Anhängern der rechtskonservativen Frauke Petry und dem etwas gemäßigteren Bernd Lucke quer durch die Gruppe der künftigen AfD-Abgeordneten in der Bürgerschaft.

Eindeutig hinter Lucke stellt sich Piet Leidreiter, der AfD-Bundesschatzmeister war, bis er Mitte Mai aus Protest gegen Petry den Posten aufgab. Leidreiter zieht auf Platz 2 der Landesliste für Bremen in die Bürgerschaft ein. Neben ihm, oder zumindest stark in seiner Nähe, wird dann Alexander Tassis sitzen.

Der zog über Platz 3 der Landesliste ins Parlament. Sein Steckbrief ist die „Einwanderungspolitik“: „Unkontrollierte Zuwanderung“ solle durch eine „aktive Einwanderungspolitik“ ersetzt werden, meint Tassis. Die „Hoheitsrechte der Völker“ und die Nationalstaaten seien durch „eine unkontrollierbare englischsprachige Elite in Brüssel“ bedroht.

Tassis ist gegen Entnationalisierung und „Multi-Kulti“ und sorgte als Bundessprecher der „Homosexuellen in der AfD“ für Aufmerksamkeit mit Positionen gegen Gender-Mainstreaming und der Idee, Homophobie sei nur auf die Islamisierung zurückzuführen und Gleichstellung „ein Kampf von gestern“. Kein Wunder also, dass er sich zu Frauke Petry gesellt – zuletzt auch durch die Ankündigung einer Kandidatur für den Petry-lastigen Bundesvorstand.

Am 11. Juni stellte Tassis auf seiner Facebookseite noch ein-



Gehört eindeutig zur Lucke-Fraktion: Der künftige AfD-Bürgerschaftsabgeordnete Piet Leidreiter Foto: dpa

mal klar: „Eine nationalpatriotische Ausrichtung ist keine Richtung, sondern Fundament allen Handelns“. Einwanderung sei das wichtigste innenpolitische Thema für die AfD-Wähler. „Die AfD muss die Stimme der Patrioten werden, für Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund.“

Tassis hat Mitstreiter – nach taz-Informationen etwa Peter Jadasch, Beisitzer im Bremer Landesvorstand.

Und der Bremer AfD-Chef Christian Schäfer? Ende Mai trat er zusammen mit Lucke und seinen Mitstreitern auf einer Diskussionsveranstaltung in Hamburg auf. Luckes „Weckruf 2015“ allerdings hat Schäfer bis heute nicht unterzeichnet. Für eine Stellungnahme war er bis taz-Re-

daktionsschluss nicht zu erreichen. Laut Antonia Hanne, Sprecherin der Bremer AfD, ist der Landesverband allerdings im Streit „gemäßigt“ und man wolle sich nicht spalten lassen: „Die

Laut Antonia Hanne, Sprecherin der Bremer AfD, ist der Landesverband im Streit „gemäßigt“

meisten von uns sind für Herrn Lucke“, sagt sie. Wie Schäfer hat auch sie den „Weckruf“ Luckes gegen rechtsextreme Tendenzen in der AfD nicht unterzeichnet: „Für eine politische Partei Be-

kenntnisse zu unterschreiben, ist mir zu viel“, sagt sie. „Herr Schäfer sieht das genauso und mit ihm viele im Landesverband.“ Für Hanne ist klar: Wer nicht gemäßigt sei, müsse rausfliegen. Das beziehe sich auf Mitgliedschaften, aber auch auf die inhaltliche Nähe zu Parteien wie der NPD oder „Die Freiheit“.

Darin, dass Alexander Tassis als künftiger Mandatsträger in der Bürgerschaft ein entschiedener Gegner Luckes ist, sieht Hanne kein Problem: „Ich kann das tolerieren und Herr Schäfer auch“, so Hanne. Tassis habe „eine andere Perspektive, ist bekennender Schwuler mit Migrationshintergrund“. Und: Man wolle nicht, dass in Bremen der Kampf ausbricht.

3.000 ANSCHLÄGE AUF DIE KOALITION (12): INGEBORG MEHSEK FORDERT, LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT DURCH UMVERTEILUNG ZU BEKÄMPFEN

Arbeit muss fair verteilt werden

Bremen hält den traurigen Rekord der höchsten Arbeitslosigkeit und insbesondere der höchsten verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland. Die damit verbundenen Sozialausgaben und beschränkten Steuereinnahmen sind der entscheidende Faktor für Bremens Haushaltsnotlage. Für die neue Regierung ist die Lösung dieses Problems die wichtigste Aufgabe ihrer beginnenden Amtszeit.

Bisherige Lösungsansätze blieben praktisch ohne nennenswertes Ergebnis. Probieren wir doch mal etwas Neues: Warum nicht die vorhandene Arbeit einfach umverteilen? Warum nicht die absurde Situation beenden, dass die einen, insbesondere Männer, sich krank arbeiten, während die anderen, insbesondere Frauen, aufgrund von zu wenig oder gar keiner Arbeit nicht leben können und davon krank werden?

Hierzu haben das Bremer Forum für Arbeit, die Gewerkschaften Ver.di und NGG mit Unterstützung der IG Metall und der Arbeitnehmerkammer einen differenzierten Vorschlag ausarbeiten lassen: den Entwurf eines

Gesetzes zur Beschäftigungsförderung durch Arbeitsumverteilung (BFAU). Er berücksichtigt bereits gemachte Erfahrungen mit Regelungen zu Arbeitszeitverkürzung, vermeidet aber deren Mängel und Nachteile.

Er sieht ein Recht auf Verringerung der Arbeitszeit vor – mit Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Arbeitszeit. Freiwerdende Stellen(-anteile) müssen wiederbesetzt werden durch Arbeitslose, fertig ausgebildete Jugendliche oder in Teilzeit Beschäftigte, die mehr arbeiten möchten. Durch die Wiederbesetzungspflicht werden Arbeitsplatzabbau und Verdichtung der Arbeit verhindert. Die Bundesagentur für Arbeit zahlt einen nach Einkommenshöhe gestaffelten Lohnausgleich und Beitrag zur Sozialversicherung. So können sich auch geringer Verdienende eine Arbeitszeitverkürzung leisten und der Beitragsausgleich wirkt der Altersarmut entgegen.

Ein analog konstruierter Tarifvertrag in der Metallindustrie Niedersachsens wurde tatsächlich überwiegend von Beschäftigten aus unteren Lohngruppen, insbesondere Frauen, ge-

Verhandlungssachen

Die Nachwahlangelegenheiten haben die Programme verflüssigt: Es tauchen Pläne auf, Ideen werden konkretisiert und Vorhaben benannt, von denen vor dem 10. Mai noch gar nicht so recht die Rede war. So wollen die designierten Koalitionäre ihre Profile schärfen. Die Gastkommentar-Serie der taz hilft Grünen und SPD dabei: Hier bündeln AkteurInnen der Zivilgesellschaft ihre Forderungen in Texten von je 3.000 Anschlägen.

Heute: Ingeborg Mehser, Koordinatorin der „Bremer Arbeitszeitinitiative“

nutzt, die freigewordenen Stellen mit Arbeitslosen aus dem geringer qualifizierten Bereich besetzt – genau das, was Bremen zum Abbau seiner Langzeitarbeitslosigkeit braucht.

Eine Modellrechnung ergab, dass die Einsparungen an Arbeitslosengeld, Miet- und Heizkosten und die Mehreinnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen die Ausgaben für den gestaffelten Lohnausgleich um mehr als das Doppelte übersteigen. Die Umsetzung des

BFAU würde die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit reduzieren, den Bremer Sozialhaushalt spürbar entlasten und zur Arbeitsgesundheit beitragen.

Da es sich um eine bundesgesetzliche Regelung handelt, müsste die neue Landesregierung hierzu eine Bundsratsinitiative starten. Aber auch auf bremsischer Ebene könnte sie Arbeitsumverteilung nutzen. Sie könnte zum Beispiel mit dem Gesamtpersonalrat eine Dienstvereinbarung abschließen, die freiwillige Arbeitszeitreduzierungen, versehen mit einem nach Einkommenshöhe gestaffelten Entgeltausgleich, zur Schaffung neuer Stellen beziehungsweise zur Aufstockung von Stellen mit geringer Stundenzahl nutzt.

Ingeborg Mehser

ist Informationswissenschaftlerin und Coach, Referentin des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt und Koordinatorin der Bremer Arbeitszeitinitiative, bestehend aus Gewerkschaften, Attac, KDA, KAB und Impulsgeber Zukunft.

